



Mechthild Rawert
Mitglied des Deutschen Bundestages

**Grußwort von Mechthild Rawert, MdB
anlässlich des 10. Jährigen Jubiläums des IB-Übergangwohnheim Marienfelder Allee
am 21. August 2020**

Sehr geehrte Frau Präsidentin Petra Merkel,
sehr geehrte Podiumsgäste,
liebe Frau Sternal,
liebe Bewohner*innen,

die Feier des Jubiläums „10 Jahre IB-Übergangwohnheim Marienfelder Allee“ ist ein Erfolg an sich und dazu gratuliere ich herzlich.

Ich danke den vielen daran Beteiligten:

den Bewohner*innen, den vielen Haupt- und Ehrenamtlichen, die hier eine engagierte Arbeit leisten, dem Internationalen Bund als Träger, den politisch Verantwortlichen und Mitstreiter*innen für eine offene Gesellschaft – aber auch uns Marienfelder*innen und Tempelhof-Schöneberger*innen als Nachbarn.

Wir alle können gemeinsam zeigen, was gute Nachbarschaft, was gelingende Integration, Partizipation und Teilhabe ist – und das hier ganz konkret vor Ort aber auch in unserer gesamten Gesellschaft.

Das internationale „Dorf“ Übergangwohnheim Marienfelder Allee ist in den letzten 10 Jahren stark gewachsen: von 250 Menschen auf 700 Menschen, darunter viele Kinder und Jugendliche.

Die Zunahme geflüchteter Menschen aus unterschiedlichen Ländern, Kriegs- und Krisensituationen ist angestiegen. Sie brachten neue Lebensgewohnheiten und Weltanschauungen in viele Nachbarschaften. An vielen Orten wurden sie herzlich willkommen geheißen oder trafen andernorts auf Skepsis und Zurückhaltung – häufig auch beides zeitgleich zusammen.

Ein friedliches, weltoffenes und auf die Bedürfnisse und Interessen von in Deutschland geborenen und neu zugezogenen Bürgerinnen und Bürgern ist möglich. Das zeigt unser Zusammenleben in Tempelhof-Schöneberg.



Unser nachbarschaftliches Zusammenleben wurde durch verschiedene Aspekte bereichert:

Erstens: Durch die Bereitschaft sich offen zu begegnen

Diese Bereitschaft ist hier vor Ort immer gewesen.

Ich denke an die unterschiedlichen ehrenamtlichen Initiativen im Bezirk, an die zahlreichen Sommerfeste auf dem Gelände oder auch im großen Saal, denke auch an die vielen Ausstellungen, zu denen ins Übergangwohnheim Marienfelder Allee eingeladen wurde: So nur beispielsweise die Ausstellung „Neue Welt“, in der Kinder ihre Sicht auf das bisherige Leben und ihre Träume authentisch schilderten und in einem gleichnamigen Bildband festgehalten haben. Ich denke an die Ausstellung „Nach der Flucht. Wie wir leben wollen“ in der Menschen berichteten, wie sie die Herausforderungen des Neuanfangs bisher gemeistert haben und ob sie sich angekommen fühlen.

Zweitens: Gemeinsam Gesicht zeigen

Zum Bezirk Tempelhof-Schöneberg gehört, dass wir ein Bezirk mit Bürgerinnen und Bürgern aus nahezu allen Staaten dieser Welt sind. Unser gemeinsames Ziel politisches Ziel war daher von Anfang an:

Gesicht zeigen gegen Menschenverachtung, Hetze und braune Gewalt.

Ich erinnere mich an die Gründung zahlreicher Solidaritätsbündnisse im Sinne von „Bunt statt braun“, erinnere mich an unsere mehrheitliche Gegenwehr gegen die Tour des Hasses gegen Flüchtlinge durch die NPD auch hier in der Nähe der Marienfelder Allee. Wir haben gemeinsam und deutlich Gesicht gezeigt gegen Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus, haben Gesicht gezeigt für eine Kultur der Akzeptanz und Vielfalt und für Menschenrechte für alle - in der Politik, in allen Lebensbereichen.

Drittens: Das Miteinander leben

Immer wieder wurden viele Möglichkeiten der Begegnung geschaffen - so auch durch mein Team und mich oder durch die Mitglieder der AG Migration und Vielfalt, durch Ayten Dogan und Orkan Özdemir.

Ich erinnere mich

- an eine Veranstaltung zu Ehren des Bischofs von Myra, auf der viele, viele Nikoläuse verteilt wurden,
- an das Schultüten basteln, damit auch die vielen Kinder hier eine Schultüte zur Einschulung mitnehmen können,
- an die zahlreichen Sommerfeste,
- an die vielen Gespräche mit den Beschäftigten rund um einen Strauß bunter Themen, unter anderem
 - die Förderung zum Erlernen der deutschen Sprache,



- die Integration in den Arbeitsmarkt auch durch die stärkere Anerkennung von informellen Qualifikationen,
- das Suchen und Finden von Wohnungen,
- die Förderung der sozialen Teilhabe, u.a. durch den Ausbau eines staatlich geförderten systematischen Integrationsmanagements oder durch die Teilhabe an bundesweiten Programmen und Projekten, mit denen eine bessere Beratung der einzelnen Menschen beziehungsweise eine bessere Vernetzung mit anderen Einrichtungen vor Ort angestrebt wurde
- an das Sammeln von Geld oder auch direkt PCs oder Laptops als Corona-bedingt dieses Jahr ein normaler Schulbesuch nicht möglich war.

Die Aufzählung ist unvollständig. Ich danke allen, die über die ganzen Jahre die Freundschaft hier vor Ort gepflegt und zahlreiche weitere Aktionen initiiert haben.

Abschließend ist mir in Bezug auf Politik noch wichtig zu sagen:

Ein Jubiläum ist nicht nur eine Jubelfeier. Daher möchte ich zum Schluss noch mir zwei wichtige politische Anliegen benennen – ohne auf die Dramen der Seenotrettung oder auch die absolute Notwendigkeit einer menschenrechtsgerechteren deutschen und auch europäischen Flüchtlings- und Asylpolitik näher einzugehen.

1. Gemeinsam gegen Rassismus

Wir wissen, Rassismus findet noch überall statt. Mich freut das breite zivilgesellschaftliche Engagement für Anti-Diskriminierung.

Ich unterstütze gesetzgeberische Initiativen zur Sanktionierung von Rassismus und Diskriminierung. Denn der Staat hat dafür Sorge zu tragen, dass alle Menschen die gleichen Chancen auf Partizipation und Teilhabe in allen Lebensbereichen haben. Der Staat als Garant der Würde des Menschen und als Garant für einen diskriminierungsfreien Raum muss ein besonderes Interesse an allen Instrumenten haben, die es uns ermöglichen, Verstöße dagegen zu ahnden. Als Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion mache ich mich für eine Studie zu Racial Profiling in den Polizeibehörden stark. Auch als Parlamentarierin werde ich mich damit beschäftigen, denn die entsprechende Petition war erfolgreich und wird nun im Petitionsausschuss behandelt.

2. Aufnahme weiterer Geflüchteter in Berlin

Das Land Berlin will Geflüchtete aus Lagern in Griechenland aufnehmen – so wie Thüringen auch. Dafür danke ich dem Berliner Senat sehr. Angesichts des derzeitigen Neins des Bundesinnenministers begrüße ich es, dass der Senat eine gemeinsame Klage mehrerer Bundesländer gegen den Bund erwägt, um die Ablehnung der Aufnahmeanordnung durch das Bundesinnenministerium rechtlich zu überprüfen. Ich begrüße es auch, dass Berlin eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes initiieren will. Das ist gelebter Föderalismus.